Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l. f. Stadt Steyr

am Freitag den 30. Jänner 1914.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektionssitzung am Dienstag den 27. Jänner um ½4 Uhr nachmittags.)

1. (Vertraulich.) Personalangelegenheiten.
2. (Vertraulich.) Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.
3. (Vertraulich.) Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.
4. Beschlußfassung wegen Anschaffung eines Polizeihundes.
5. Ansuchen des Alois Kühholzer um Verpachtung des Mauteinhebungsrechtes am Gehstege der Eisenbahnbrücke nächst Garsten.
6. Rekurse in Armensachen.
7. Antrag des Herrn G.-R. Heinrich Bachmayr betreffend Unübersetzbarkeit des Stadtnamens.
8. Beschlußfassung wegen Einführung eines ärztlichen Inspektionsdienstes an Nachmittagen der Sonn- und Feiertage.

II. Sektion. (Sektionssitzung am Dienstag den 27. Jänner um 3 Uhr nachmittags.)

9. Ansuchen des Stadttheaterdirektors um Gewährung einer Subvention.
10. Subventionsansuchen.

III. Sektion. (Sektionssitzung am Mittwoch den 28. Jänner um 3 Uhr nachmittags.)

11. Kostenvoranschlag für die Rekonstruktion des Dachstuhles am Bürgerspitale.
12. Antrag des Herrn G.-R. Wokral wegen Errichtung von Wohnbaracken.
13. Ansuchen um Einleitung der Wasserleitung in das Haus Grünmarkt 27.

IV. Sektion. (Sektionssitzung am Montag den 26. Jänner nach der Armenratssitzung.)

14. Ansuchen um Gewährung eines Stipendiums für die heurigen Universitätskurse für Lehrer in Teschen.
15. Ansuchen des Josef Schanofsky um Unterstützung aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkasse.
16. Ansuchen des Karl Schachafellner um Unterstützung aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkasse.
17. Vorschlag für die Verleihung eines Maternus Hammerschen Stipendiums.
18. Vorschlag für die Verleihung eines Wolfgang Pfefferlschen Stipendiums.
19. Verleihung der Interessen aus der Landerl'schen Stiftung.
20. Verleihung von Pfründen aus der Josef und Ludwig Werndl-Stiftung.
21. Verleihung der Ferdinand Gründler-Pfründe pro 1914.
22. Verleihung des Interessen-Ueberschusses aus der Amtmann'schen Dienstbotenstiftung.
23. Verleihung der Interessen aus der Zweithurn-Stiftung.

Gegenwärtig:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Julius Gschaider. Vorsitzender-Stellvertreter: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt. Die Herren Gemeinderäte: Franz Aigner, Heinrich Ammerstorfer, Heinrich Bachmayr, Gottlieb Dantlgraber, Otto Dunkl, Ferdinand Gründler, Josef Haidenthaller, Leopold Haller, Franz Hofer, Josef Huber jun., Franz Kattner, Anton Kurz, Josef Langoth, August Mitter, Viktor Ortler, Franz Schwertfelner, Anton Sighart, Franz Tribrunner, Karl Wöhrer, Josef Wokral.

Ferner ist anwesend der Schriftführer Konzeptspraktikant Alfred Edlmayer.

Entschuldigt abwesend sind die Herren Gemeinderäte Ludwig Binderberger, Leopold Erb und Dr. Karl Harant jun.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die Herren Gemeinderäte, konstatiert die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates und erklärt die Sitzung um 3 Uhr nachmittags für eröffnet.

Zu Verifikatoren dieses Protokolles werden die Herren Gemeinderäte Heinrich Bachmayr und Gottlieb Dantlgraber gewählt.

Mitteilungen.

Ueber Auftrag des Herrn Bürgermeisters bringt Konzeptspraktikant Alfred Edelmayer folgende Zuschriften zur Verlesung:

a) Den Dank der durch Gemeinderatsbeschluß vom 30. Dezember 1913 in höhere Rangsklassen beförderten städt. Beamten;

b) ein Dankschreiben des Lyzealvereins-Ausschusses für die vom Gemeinderate am 30. Dezember 1913 bewilligte erhöhte außerordentliche Subvention für das Mädchenlyzeum. — Z. 1581.

c) Eine Erledigung der k. k. Staatsbahndirektion Linz auf die h. ä. Eingabe vom 21. Dezember 1913 bezüglich der verschiedenen Verkehrsübelstände auf der Staatsbahnstrecke Steyr—St. Valentin.

Diese Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Herr Bürgermeister widmet hierauf dem verstorbenen Ehrenbürger Vorstadtpfarrer Präl. Johann Dürrnberger einen warmempfundenen Nachruf, auf die Verdienste des Verstorbenen um die Armenpflege und namentlich auf dessen Tätigkeit im Armenrate hinweisend.

Der Bitte des Herrn Bürgermeisters, die Herren Gemeinderäte wollen sich zum Zeichen der Trauerkundgebung von den Sitzen erheben, wird entsprochen.

Ferner gibt Herr Bürgermeister bekannt, daß die von dem in Linz verstorbenen Herrn August Dorn letztwillig gewidmeten 500 K laut Beschlusses des Armenrates dem Handbeteilungsfonds zugewiesen worden sind.

Dann erklärt Herr Bürgermeister, daß er auf Grund einer im Dezember mit dem Generaldirektor der Gaswerke Herrn Gayer aus Augsburg gepflogenen Rücksprache die erfreuliche Mitteilung machen könne, daß die Gaseinleitung im hiesigen Spital mit Rücksicht auf den wohltätigen Zweck zu halben Preisen erfolgen werde. (Beifall.)

Dagegen sei nach der Erklärung des Obmannes der Fleischhauergenossenschaft eine Herabsetzung der hohen Fleischpreise für die nächste Zeit nicht zu erwarten.

Ueber Ersuchen des Herrn Bürgermeisters erstattet dann Herr G.-R. Bachmayr das Referat über die am 19. Dezember stattgefundene Sitzung des Approvisionierungsausschusses wie folgt:

In dieser Sitzung sei der Einlauf durchberaten und folgende Beschlüsse seien gefaßt worden:

a) Es sei zunächst ein Rundschreiben der „Gesellschaft für städtische Fleischversorgung in Wien" vorgelegen, betreffend die Gründung einer Hochseefischerei-Gesellschaft; diese Gesellschaft solle die Hochseefischerei an der afrikanischen Küste betreiben, die gefangenen Fische in die Zentrale nach Wien schaffen, von wo aus dann die Lieferung in die Provinz erfolgen solle. Der Einladung, Aktien für dieses Unternehmen anzukaufen, sei nicht Folge gegeben worden, dagegen habe der Approvisionierungsausschuß den Beschluß gefaßt, im Bedarfsfalle ein geeignetes Verkaufslokal kostenlos zur Verfügung zu stellen.

b) Auf die Vorschläge der „Allgemeinen österreichischen Viehverwertungsgesellschaft betreffend Einrichtungen für Fleischverkleinerung sei der Ausschuß derzeit nicht eingegangen, da vorerst das Vorhandensein eines Schlachthauses unbedingt notwendig wäre.

c) Der Erlaß der k. k. o.-ö. Statthalterei betreffs Gestattung der Fleischeinfuhr aus Serbien sei zur Kenntnis genommen worden.

d) Ueber den Antrag des Herrn G.-R. Wokral betreffs Errichtung eines städtischen Uebernahmsamtes in Steyr sei eifrig diskutiert worden; nach längerer Debatte sei dann folgender Antrag des Herrn G.-R. Tribrunner einstimmig zum Beschlusse erhoben worden:

Die Angelegenheit des städtischen Uebernahmsamtes sei vorläufig zu vertagen; dagegen sei das Amt zu beauftragen, beim städtischen Uebernahmsamte in Graz noch weitere Erkundigungen darüber einzuziehen, warum diese Einrichtung dort ins Leben gerufen worden sei, wie dort die Preise seien und wie sich überhaupt die ganze Sache bewähre.

e) Ferner habe die Fleischhauergenossenschaft in Steyr erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die hohen Einkaufspreise und auch mit Rücksicht darauf, daß die Frage der Errichtung eines Schlachtviehmarktes in Steyr noch nicht zur Entscheidung gelangt sei, mit den Fleischpreisen nicht herabgehen könne.

Herr G.-R. Wokral habe den Antrag gestellt, bei der Statthalterei um die Genehmigung zur Abhaltung eines Schlachtviehmarktes in Steyr einzureichen, was einstimmig beschlossen worden sei.

Ferner habe Herr G.-R. Wöhrer eine Regulierung in der Entrichtung der Verzehrungssteuer am Schweinemarkt angeregt, und zwar solle diese in Hinkunft in Kilogramm ausgedrückt werden.

Endlich habe noch Herr G.-R. Tribrunner den Wunsch ausgesprochen, daß auch Vierteile von Schweinen auf dem Markte zum Verkaufe kommen sollen.

Der Herr Vorsitzende dankt dem Herrn G.-R. Bachmayr für die Ausführungen.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Sektion. Referent: Sektionsobmann-Stellvertreter Herr G.-R. Anton Sighart.

1. Personalangelegenheiten.

2. Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.

3. Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.

Die Punkte 1—3 werden vertraulich behandelt.

4. Beschlußfassung wegen Anschaffung eines Polizeihundes.

Das Amt spricht sich gegen die Anschaffung eines Polizeihundes aus folgenden Gründen aus: Die Erfolge der Polizeihunde seien im allgemeinen keine so großartigen, das Wachkorps in Steyr sei zu klein, als daß sich — was notwendig wäre — ein Wachmann ganz der Abrichtung des Hundes widmen könnte.

Die Sektion beantragt, auf die Anschaffung eines Polizeihundes mit Rücksicht auf die im Amtsberichte angeführten Umstände nicht einzugehen.

Herr G.-R. Tribrunner stellt den Antrag, die Frage des Polizeihundes vorläufig zurückzustellen und noch weitere Erhebungen über die Höhe der Beschaffungskosten eines Polizeihundes und überhaupt über die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung durch Anfragen in Wels, St. Pölten und anderen Städten zu pflegen.

Der Antrag des Herrn G.-R. Tribrunner wird angenommen. — Z. 36.719/13.

5. Ansuchen des Alois Kühholzer um Verpachtung des Mauteinhebungsrechtes am Gehsteg der Eisenbahnbrücke nächst Garsten.

Der Sektionsantrag, dahingehend, es werde dem Gesuchsteller das Mauteinhebungsrecht gegen Entrichtung eines Pachtschillings von 710 *K* wieder verpachtet, wird einstimmig zum Beschlusse erhoben. — Z. 37.807/13.

6 Rekurse in Armensachen.

Es liegen vor:

a) Rekurs des Franz Hirsch in Prägarten gegen die Entscheidung des städtischen Armenrates vom 27. Dezember 1913, womit dessen Ansuchen um Vergütung der von ihm für die verstorbene Pfründnerin Eva Bachner bestrittenen Stola- und Totenbeschaugebühren, sowie um Auszahlung der der Eva Bachner pro Jänner und Februar 1913 noch gebührenden Unterstützung pro 8 *K* an ihn, abgewiesen worden ist.

Das Amt beantragt die Abweisung des Rekurses aus folgenden Gründen: Franz Hirsch sei mit der Verstorbenen nicht verwandt, ferner sei die Heimatsgemeinde zur Zahlung der Stola- und Totenbeschaugebühr gesetzlich nicht verpflichtet.

Die Sektion stellt den Antrag auf Abweisung des Rekurses aus den im Amtsberichte geltend gemachten Gründen.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 2351.

b) Rekurs des Franz Melber in Urfahr gegen die Entscheidung des städtischen Armenrates vom 27. Dezember 1913, womit das Ansuchen des Rekurrenten um eine Aushilfe von 50 *K* abgewiesen worden ist.

Der Amtsbericht führt aus, daß die gepflogenen Erhebungen die Unterstützungsbedürftigkeit des Franz Melber nicht ergeben haben.

Der Sektionsantrag lautet auf Abweisung des Rekurses aus den im Amtsberichte geltend gemachten Gründen.

Wird angenommen. — Z. 32,864/13.

c) Rekurs der Klara Bruderhofer, in Marktl bei Lilienfeld wohnhaft, gegen die Entscheidung des städtischen Armenrates vom 20. Oktober 1913, womit deren Ansuchen um Erhöhung des monatlich 10 *K* betragenden Armengeldes abgewiesen worden ist.

Der Amtsbericht geht auf Abweisung des Rekurses, da die Rekurrentin in ihrem Rekurse zwar ausführt, sie leide an Tuberkulose, aber kein ärztliches Zeugnis beigebracht habe; im übrigen beziehe Klara Bruderhofer ja ohnehin ein Armengeld von monatlich 10 *K*.

Die Sektion beantragt die Abweisung des Rekurses aus den im Amtsberichte geltend gemachten Gründen.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 28.206/13.

7. Antrag des Gemeinderates Herrn Heinrich Bachmayr betreffend Unübersetzbarkeit des Stadtnamens.

Herr Sektionsobmann-Stellvertreter G.-R. Anton Sighart führt aus, daß der bezügliche Antrag schon in der Gemeinderatssitzung am 30. Dezember 1913 eingelangt und damals der I. Sektion zur weiteren Behandlung zugewiesen worden ist.

(Siehe Ratsprotokoll über die Gemeinderatssitzung vom 30. Dezember 1913.)

Der Sektionsantrag lautet:

Der Gemeinderat der l. f. Stadt Steyr wolle beschließen:

Der Stadtname Steyr ist unübersetzbar. Von diesem Beschlusse ist die Zentralregierung, das Handels- und das Eisenbahnministerium entsprechend zu verständigen.

Nachdem noch Herr G.-R. Bachmayr darauf hingewiesen hat, daß man gegen die Uebersetzung des Stadtnamens in Styr u. dgl. auf Briefen, Karten, Fahrplänen, selbst in offiziellen Ortschaftsverzeichnissen entschieden Stellung nehmen und den deutschen Charakter der Stadt Steyr auf jede Art wahren müsse, wird der Sektionsantrag einstimmig angenommen. — Z. 38.034/13.

8. Beschlußfassung wegen Einführung eines ärztlichen Inspektionsdienstes an Nachmittagen der Sonn- und Feiertage.

Der Herr Referent führt aus:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 28. Nov. 1913 habe Herr G.-R. Hofer erklärt, daß man in Steyr die Einrichtung eines ärztlichen Inspektionsdienstes an Sonn- und Feiertagsnachmittagen sehr vermisse und habe den Herrn Vorsitzenden ersucht, an die Aerztevereinigung in Steyr mit dem Ersuchen heranzutreten, es veranlassen zu wollen, daß an Sonn- und Feiertagen ein Arzt von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends ärztlichen Inspektionsdienst leiste.

Man sei tatsächlich an die „Ortsgruppe Steyr des Vereines der Aerzte in Oberösterreich" in dieser Frage herangetreten und ebenso sei ein Schreiben an den Magistrat Linz, wo ein solcher ärztlicher Inspektionsdienst organisiert ist, um nähere Aufklärungen

über die Organisation und Handhabung dieses Inspektionsdienstes gerichtet worden.

Aus dem bezüglichen Amtsberichte ist zu entnehmen, daß die hiesigen Aerzte bereit seien, auf die Leistung eines ärztlichen Inspektionsdienstes an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage einzugehen, wenn ihnen seitens der Stadtgemeinde eine Pauschalvergütung von 10 *K* für diesen Dienst bewilligt werde; dadurch würde die Stadtkassa mit ungefähr 700 *K* jährlich belastet werden.

Die Sektion beantragt, mit Rücksicht auf die hohen Kosten von der Einführung eines ärztlichen Inspektionsdienstes an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage abzusehen.

Herr G.-R. Hofer erklärt, er sei damals, als er diese Anregung zur Einführung eines ärztlichen Inspektionsdienstes gegeben habe, von der Auffassung ausgegangen, daß die Aerzte diesen Dienst unentgeltlich leisten würden.

Auch der Herr Referent und Herr G.-R. Dantlgraber sprechen ihr Befremden darüber aus, daß die Herren Aerzte in dieser Frage eine derart abhaltende Stellung einnehmen, zumal die Herren Aerzte dabei ja kaum zu Schaden kommen können, indem doch alle Leute an Sonntagsnachmittagen angewiesen seien, den jeweils Inspektion habenden Arzt aufzusuchen.

Herr G.-R. Langoth ersucht den Herrn Vorsitzenden, bei der Aerztevereinigung in Steyr nochmals in dieser Sache vorstellig zu werden; vielleicht werde es doch noch gelingen, die Aerzte unter günstigeren Bedingungen zu gewinnen.

Der Herr Referent weist noch darauf hin, daß sich vielleicht sehr bald Gelegenheit ergeben werde, in dieser Sache an die Herren Stadtärzte heranzutreten, um den ärztlichen Inspektionsdienst in halbwegs leidlicher Form durchführen zu können.

Im übrigen bitte er, heute dem Sektionsantrage zuzustimmen.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 36.716/13.

II. Sektion. Referent: Sektionsobmann-Stellvertreter Herr G.-R. Franz Hofer.

9. Ansuchen des Stadttheaterdirektors um Gewährung einer Subvention.

Der Herr Referent bringt das Ansuchen des Theaterdirektors Norbert Innfelder um Gewährung einer nachträglichen Subvention von 900 *K* im Hinblicke auf die mißlichen Einnahmsverhältnisse zur Verlesung.

Der Herr Referent erklärt, daß die schlechten Einnahmsverhältnisse im Theater allgemein bekannt seien und daß man daher dem Theaterdirektor, der sich ja wirklich Mühe gab, um das Publikum zufriedenzustellen, wenn schon nicht durch die Bewilligung der nachgesuchten hohen Subvention, so doch in anderer Weise entgegenkommen solle.

Die Sektion stelle folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle dem Theaterdirektor in Anbetracht der mißlichen Verhältnisse die gebührenmäßigen Abzüge für den Feuerwehr- und Sicherheitsdienst von seiner monatlichen Subvention ab 1. Februar erlassen.

Herr G.-R. Huber führt aus: Erst vor 5/4 Jahren sei eine Erhöhung der Subvention für den Theaterdirektor bewilligt worden.

Es sei ganz unzulässig, daß immer während der halben Saison Ansuchen um Subventionen kämen mit der Drohung, das Theater eventuell schließen zu müssen. Er sei der Meinung, daß man bezüglich einer Subventionserhöhung nur anläßlich einer Neuausschreibung der Verpachtung des Theaters sprechen könne; während des Präliminarjahres könne man ein derartiges Ansuchen prinzipiell nicht in Verhandlung ziehen.

Herr G.-R. Huber stellt den Antrag: Es solle in keiner Form — auch nicht wie dies der Sektionsantrag vorsehe — eine Erhöhung der Subvention des Theaterdirektors bewilligt werden.

Während Herr G.-R. Wokral den Antrag des Herrn G.-R. Huber befürwortet, tritt Herr G.-R. Langoth für den Sektionsantrag ein und ersucht um dessen Annahme, um dadurch einigermaßen zu kennzeichnen, daß der Gemeinderat die Leistungen der Theaterdirektion anerkenne.

Bei der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn G.-R. Huber angenommen und der Sektionsantrag abgelehnt. — Z. 2194.

10. Subventionsansuchen.

Es liegen vor:

a) Das Ansuchen des „Oberösterreichischen Landesschützen-Verbandes" um die Widmung einer Ehrengabe für das in der Zeit vom 7. bis 16. Juni 1914 in Linz stattfindende „Dritte oberösterreichische Landesschießen".

Die Sektion beantragt, eine Ehrengabe von 6 Dukaten zu widmen.

Wird angenommen. — Z. 37.547/13.

b) Das Ansuchen der „Zentralleitung für die Abhaltung eines Karnevalslebens am Faschingsonntag zu Gunsten des Fonds für das Rettungsauto" um Gewährung einer entsprechenden Subvention.

Die Sektion beantragt, diesem Unternehmen mit Rücksicht auf dessen wohltätigen Zweck eine Spende von 100 *K* zu bewilligen.

Herr G.-R. Wokral wendet sich gegen den Sektionsantrag; er befürchte, daß das Komitee nicht den erhofften Reingewinn für das Rettungsauto erzielen werde; dann seien diese 100 *K* rein hinausgeworfen; er stelle daher den Antrag: Dieser Subventionsbeitrag von 100 *K* solle unmittelbar dem Fonds für das Rettungsauto zugewendet werden.

Für den Fall der Ablehnung seines Antrages stelle er aber zum Sektionsantrage folgenden Zusatzantrag: Dem Gemeinderate sei über die Verwendung der Mittel Rechnung zu legen.

Nachdem noch Herr Vizebürgermeister auf die Großartigkeit dieser Karnevalsveranstaltung hingewiesen und die Annahme des Sektionsantrages mit Rücksicht auf den wohltätigen Zweck empfohlen hat, schreitet der Herr Vorsitzende zur Abstimmung.

Der Antrag des Herrn G.-R. Wokral, den Betrag von 100 *K* unmittelbar für das Rettungsauto zu verwenden, wird abgelehnt.

Der Sektionsantrag, modifiziert durch den Zusatzantrag Wokral, wird angenommen. — Z. 862.

c) Das Ansuchen des „Vereines zur Unterstützung dürftiger und würdiger Hörer an der k. k. technischen Hochschule in Wien" um einen Beitrag für Vereinszwecke.

Der Sektionsantrag, diesem Verein, wie im Vorjahre, 6 *K* Jahresbeitrag zu bewilligen, wird zum Beschluß erhoben. — Z. 5712.

d) Ansuchen des Wohlfahrtsvereines „Witwen- und Waisen-Versorgung" in Wien um einen Beitrag.

Die Sektion beantragt, dem Ansuchen aus finanziellen Gründen keine Folge zu geben.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 1839.

III. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Josef Huber jun.

11. Kostenvoranschlag für die Rekonstruktion des Dachstuhles am Bürgerspitale.

Der Herr Referent führt aus:

Der Zustand des Bürgerspital-Dachstuhles sei ein derartiger, daß an eine Erneuerung desselben unbedingt geschritten werden müsse. Die k. k. Zentralkommission für Kunst- und historische Denkmale in Wien und die k. k. oberöst. Statthalterei haben den Wunsch geäußert, daß der Dachstuhl in genau derselben äußeren Dachform wie jetzt hergestellt werde.

Es seien Kostenofferte von den Zimmermeistern Huber und Stohl eingeholt worden, wonach sich die Herstellung des Dachstuhles in einfacher Ausführung um 2000 *K* billiger stellen würde, als in der von der Zentralkommission und Statthalterei gewünschten Ausführung. Die Gemeinde habe sich nun, da sie durch die zweite Art der Ausführung sehr belastet würde, an das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht gewendet. Das Ministerium habe sich bereit erklärt, die Differenz von 2000 *K* zu tragen; jedoch behalte sich das Ministerium die Form und Zeit der Auszahlung noch vor. Dies sei so gedacht, daß der Gemeinderat zunächst den Beschluß der Durchführung fassen solle.

Die Sektion stellt folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderat beschließe die Durchführung der notwendig gewordenen Rekonstruktion und Erneuerung des Bürgerspital-Dachstuhles und der sonstigen damit verbundenen Reparatursarbeiten unter Einhaltung der derzeitig bestehenden äußeren Dachform.

Zur Deckung der Kosten haben folgende Barmittel in Verwendung zu kommen:

1. Die Subvention des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht per 2000 *K*;

2. die Kassabarschaft des „Milden Versorgungsfondes" per 5000 *K*;

3. aus der Post „unvorhergesehene Auslagen" als Restdeckung zirka 3000 *K*.

Mit der Durchführung dieser Arbeit wird die Baufektion betraut.

Herr Vizebürgermeister stellt den Zusatzantrag, daß mit der Durchführung des Baues erst nach tatsächlichem Einlangen der Staatssubvention begonnen werden solle.

Der Sektionsantrag, ergänzt durch den Zusatzantrag des Herrn Vizebürgermeisters Paul Fendt, wird zum Beschlusse erhoben. — Z. 31.531/13.

12. Antrag des Herrn G.-R. Wokral wegen Errichtung von Wohnbaracken.

Der Herr Referent führt aus:

In der Gemeinderatssitzung vom 24. Oktober 1913 habe Herr G.-R. Wokral den Antrag gestellt, zur momentanen Linderung der Wohnungsnot heizbare Wohnbaracken zu erbauen. Es sei damals der Beschluß gefaßt worden, den Antrag des Herrn G.-R. Wokral der III. Sektion zur weiteren Behandlung zuzuweisen. Es seien nun tatsächlich Kostenvoranschläge eingeholt worden, nach welchen sich der Bau einer Baracke für ungefähr 20 Wohnungen auf zirka 50.000 *K* stellen dürfte.

Redner betont, daß diese Summe für ein derartiges doch nur provisorisches Gebäude entschieden zu hoch sei; er sei der Ansicht, man solle zunächst abwarten, wie sich das im Bau begriffene und nach den Berichten anfangs Juni beziehbare Arbeiterwohnhaus bewähren wird; dann solle sogleich an den Bau eines weiteren massiven Arbeiterwohnhauses geschritten werden.

Darauf bringt der Herr Referent den Sektionsantrag zum Vortrag, der dahin geht:

Der löbliche Gemeinderat beschließe, auf das vorliegende Ansuchen mit Rücksicht auf die hohen Kosten und die geringe Dauerhaftigkeit derartiger Baulichkeiten, weiter wegen der Feuergefährlichkeit, womit auch gegen die städtische Bauordnung, welche das Wohnen in hölzernen Häusern ausschließt, verstoßen würde, nicht einzugehen.

Herr G.-R. Wokral gibt zu, daß die genannte Summe für ein Provisorium zu hoch sei; mit der Abweisung seines Antrages könne man aber nicht der Frage der Wohnungsnot so schlechthin aus dem Wege gehen.

Infolge der kalten Witterung seien ja viele Arbeiter weggezogen und die Wohnungsnot sei deshalb augenblicklich nicht so fühlbar. Mit dem wärmeren Wetter würden aber wieder neue Arbeiter hieher kommen und die Wohnungsnot sei wieder dieselbe.

Der Herr Vizebürgermeister erklärt, daß der Wohnungsnot selbstverständlich abgeholfen werden müsse. Niemand empfinde es unliebsamer als der Herr Bürgermeister und er, wenn sie täglich Leute, welche klagend ins Bürgermeisteramt kommen, sie stünden vor der Delogierung, man möge ihnen Wohnung und Unterstand verschaffen, mit dem Rate, nach Linz, zu Verwandten, kurz von Steyr wegzuziehen, entlassen müssen. Der Bau einer Wohnbaracke stelle sich aber entschieden zu hoch. Herr G.-R. Wokral möge sich an die Waffenfabrik wenden, die doch in erster Linie moralisch verpflichtet wäre, der bestehenden Wohnungsnot abzuhelfen.

Herr G.-R. Wokral erwidert, daß er im letzten Punkte dem Herrn Vorredner nicht beipflichten und dieses Verlangen, an die Waffenfabrik heranzutreten, nicht erfüllen könne. Denn wenn die Waffenfabrik selbst ihren Arbeitern Wohnung gebe, so habe sie damit eine Handhabe, gegebenenfalls einen unbotmäßigen Arbeiter nicht nur um die Arbeit, sondern zugleich auch um sein Obdach zu bringen.

Darauf bringt der Herr Bürgermeister den Sektionsantrag zur Abstimmung, der angenommen wird. — Z. 30.543/13.

13. Ansuchen um Einleitung der Wasserleitung in das Haus Grünmarkt Nr. 27.

Der Herr Referent bringt das bezügliche Ansuchen des im Hause Nr. 27 befindlichen k. k. Gendarmerie-Bezirkspostenkommandos zur Verlesung. Nach Aeußerung des städtischen Bauamtes sei gegen die Einleitung der Wasserleitung nichts einzuwenden; die Sektion stelle folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderat bewillige die Einleitung der städtischen Wasserleitung in das Haus Nr. 27 am Grünmarkt (Gendarmerie-Kaserne) unter folgenden Bedingungen:

1. Der Mieter verpflichtet sich, den jeweilig durch den Gemeinderat festgesetzten Wasserzins für das verbrauchte Wasser im Sinne des § 11 des Regulatives für die städtische Wasserleitung zu bezahlen;

2. der Mieter verpflichtet sich ferner, für den von der Stadtgemeinde beizustellenden Wassermesser die jährliche Leih- und Erhaltungsgebühr laut § 12 des Regulatives an die Stadtgemeinde zu entrichten;

3. der Mieter leistet zu den Leitungs- und Einrichtungskosten im Hause Grünmarkt Nr. 27 einen einmaligen Beitrag von $^1/_8$ der Gesamtkosten, wobei die ganze Wasserleitung sofort Eigentum der Stadtgemeinde wird und in deren Besitz verbleibt.

Der Sektionsantrag wird angenommen. — Z. 35.244/13.

IV. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Josef Langoth.

14. Ansuchen um Gewährung eines Stipendiums für die heurigen Universitätskurse für Lehrer in Teschen

Die Sektion stellt den Antrag: Es werde zum Besuche der wissenschaftlichen Hochschulferialkurse für Lehrer in Teschen (Oest.-Schlesien) ein Stipendium zu 100 *K* für Lehrpersonen im Stadtbezirke Steyr ausgeschrieben.

Wird angenommen. — Z. 1215.

15. Ansuchen des Josef Schanofsky um Unterstützung aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkasse.

Die Sektion beantragt, dem Gesuchsteller monatlich 20 *K* für das Jahr 1914 aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkassa zu bewilligen.

Wird angenommen. — Z. 34.853/13.

16. Ansuchen des Karl Schachafellner um Unterstützung aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkasse.

Der Sektionsantrag lautet:

Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen: Ueber Vorschlag des Handelsgremiums Steyr werden dem Gesuchsteller je 20 *K* für die Monate Jänner, Februar und März 1914 aus der bestandenen Gremialkrankenkasse bewilligt.

Wird angenommen. — Z. 900.

17. Vorschlag für die Verleihung eines Maternus Hammer'schen Stipendiums.

Sektionsantrag:

Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen: Die hohe k. k. Statthalterei werde ersucht, das Maternus Hammer'sche Stipendium mangels an Bewerbern abermals zur Ausschreibung zu bringen.

Wird angenommen. — Z. 66.

18. Vorschlag für die Verleihung eines Wolfgang Pfefferl'schen Stipendiums.

Die Sektion stellt den Antrag:

Der löbl. Gemeinderat wolle beschließen: Für das erledigte Wolfgang Pfefferl'sche Stipendium werde der einzige Bewerber Johann Frauendorfer, Schüler der VII. Gymnasialklasse in Melk, der hohen k. k. Statthalterei präsentiert.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 66.

19. Verleihung der Interessen aus der Lauderlschen Stiftung.

Der Herr Referent bringt den Vorschlag des Armenrates zum Vortrag wie folgt:

Die Interessen per 1732 *K* wollen folgendermaßen verteilt werden:

a) An die Zimmerleute:

Bergmayr Josef *K* 250·—, Haidlmayr Karl *K* 250·—, Bergmayr Karl *K* 100·—, Nömayr Michael *K* 66·50, Moser Josef *K* 66·50, Schmirl Franz *K* 66·50, Schlanhof Johann *K* 66·50, Summe *K* 866·—.

b) An die Arbeiter:

Baumberger Georg *K* 250·—, Berner Josefa *K* 250·—, Petereder Therese *K* 183·—, Damhofer Rosina *K* 183·—, Summa *K* 866·—. Zusammen *K* 1732·—.

Die Sektion beantragt, die Interessen aus der Lauderlschen Stiftung nach Vorschlag des Armenrates zu verteilen.

Wird angenommen. — Z. 36.630/13.

20. Verleihung von Pfründen aus der Josef und Ludwig Werndl-Stiftung.

Die Sektion beantragt:

Der löbl. Gemeinderat wolle beschließen: Die drei erledigten Pfründen aus der Josef und Ludwig Werndl-Stiftung werden den vom löblichen Armenrate vorgeschlagenen Bewerbern: Leitgeb Barbara, Hirsch Stefan und Thalhammer Vinzenz verliehen.

Wird angenommen. — Z. 31.933/13.

21. Verleihung der Ferdinand Gründler-Pfründe pro 1914.

Die Sektion beantragt, die erledigte Ferdinand Gründler-Pfründe über Vorschlag des löblichen Armenrates dem Bewerber Klemens Elsner zu verleihen.

Angenommen. — Z. 36.223/13.

22. Verleihung des Interessenüberschusses aus der Amtmann'schen Dienstboten-Stiftung.

Sektionsantrag:

Der löbl. Gemeinrat wolle beschließen:

Der Interessenüberschuß aus der Amtmann'schen Dienstboten-Stiftung per 40 *K* werde über Vorschlag des Armenrates der Aloisia Mühlberger verliehen.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 36.222/13.

23. Verleihung der Interessen aus der Zweythurn-Stiftung.

Sektionsantrag:

Der löbl. Gemeinderat wolle beschließen:

Ueber Vorschlag des löblichen Armenrates werden die teressen aus der Zweythurn-Stiftung per 21 *K* an folgende werber verteilt:

Marie Pramendorfer *K* 5·—, Katharina Platzer *K* 4·—, Ferdinand Rathenberger *K* 4·—, Franziska Mayrhofer *K* 4·—, Zäzilia Dunst *K* 4·—, Summe *K* 21·—.

Beschluß nach Sektionsantrag. — Z. 36.225/13.

Nach Erledigung der Tagesordnung richtet Herr G.-R. Mitter an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob es richtig sei, daß im heurigen Frühjahre keine Wahlen in den Gemeinderat stattfinden sollen.

Der Herr Bürgermeister erwidert darauf: In dem Entwurfe für das Gesetz der neuen Wahlordnung stehe im Art. II, daß der bisher im Amte gewesene Gemeinderat bis zu den Neuwahlen im Jahre 1915 bleibe. Dieses Gesetz sei aber dermalen noch nicht angenommen; eine fixe Entscheidung der Frage, ob jetzt im Frühjahre Wahlen stattfinden werden, könne erst nach Annahme dieses Gesetzes erfolgen.

Darauf führt Herr G.-R. Wokral darüber Beschwerde, daß in der heutigen Sitzung bei Punkt 9 der Tagesordnung zuerst über den Sektionsantrag und dann erst über den Gegenantrag des Herrn G.-R. Huber abgestimmt worden sei; dieser Vorgang sei eine Verletzung des § 40 der Geschäftsordnung, wonach Gegenanträge gegen den in Verhandlung befindlichen Antrag zuerst zur Abstimmung gebracht werden müssen.

Der Herr Vorsitzende entgegnet darauf, daß es bisher immer Gepflogenheit gewesen sei, den für den Gesuchsteller günstigeren Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen; er werde aber in Hinkunft bei Abstimmungen nach dem Wunsche des Herrn G.-R. Wokral den im § 40 der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Vorgang einhalten.

Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung um 3/4 5 Uhr abends.

In der sodann folgenden vertraulichen Sitzung werden die Punkte 1 bis 3 der Tagesordnung behandelt:

ad Punkt 1: Es wird beschlossen, eine Sicherheitswachmannstelle und eine Kanzleigehilfenstelle im allgemeinen Krankenhause zur Ausschreibung zu bringen.

ad Punkt 2: Dem Stadtarbeiter Stefan Kabelik wird mit Rücksicht auf dessen 25jährige Zugehörigkeit zur Freiwilligen Feuerwehr Steyr taxfrei das Bürgerrecht verliehen.

ad Punkt 3: Gemäß § 2 der Heimatsgesetznovelle vom 5. Dezember 1896, R.-G.-Bl. Nr. 222, werden in den Gemeindeverband der Stadt Steyr aufgenommen: Moriz Haider samt Frau, Aloisia Hofmacher, Franz Huber samt Frau und vier Kindern, Anna Kühas, Anton Schrejer samt Frau, Franz Spring, Anton Weizel samt Frau und vier Kindern.

Der Vorsitzende:

Die Verifikatoren:

Der Schriftführer:

Anhang
zum Protokoll über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der l. f. Stadt Steyr am 30. Jänner 1914.

Vertraulicher Teil.

I. Sektion. Referent: Sektions-Obmann-Stellvertreter Herr G.R. Anton Sighart.

Punkt I. Personalangelegenheiten.

1.) Es liegt vor der Rekurs des städt. Kanzlisten Franz Schopper gegen der Bescheid des Präsidiums der Stadtgemeinde Steyr vom 2. Jänner 1914, Z. 2 V.P. mit welchem das Ansuchen des Rekurrenten um
Auszahlung einer außerordentlichen Dienstalterszulage von jährl. 200 K ab 1. Jänner 1914 abgewiesen wurde.
Die Sektion beantragt die Abweisung des Rekurses mit der Begründung:
Der Gemeinderat habe in seiner Sitzung vom 28. November 1913 dahin entschieden, dass die den städtischen Beamten der X. Rangsklasse mit dem Sitzungsbeschluss vom 2. Februar 1910 gewährte Dienstalterszulage und jener, welche diesen Beamten nach Art. III des Gesetzes vom 19. September 1898, R.G.Bl. N° 172, nach Vollendung von 16 Dienstjahren in der XI. Rangsklasse gebührt, identisch sein solle.
Der Sektionsantrag wird angenommen.

2.) Ansuchen der städt. Kanzleigehilfen Karl Frank, Adalbert Koller, Johann Reng und Gustav Wania um Erhöhung ihres Taggeldes.
Über Antrag der Sektion wird beschlossen, die Behandlung dieser Ansuchen bis zu der Gemeinderatssitzung, in welcher über die Dienstpragmatik verhandelt werden wird, zu vertagen.

3.) Es liegt ein Amtsbericht v. 22./I. 1914 vor. betreffend
a) Besetzung einer Sicherheitswachmannstelle.
b) Besetzung einer Zivil-Polizeiagentenstelle.
ad a) das Amt schlägt von den bei der letzten Besetzung von Wachestellen unberücksichtigt gebliebenen Bewerbern Adam Dietzl, Florian Baumgartner und Friedrich Tribrunner den Adem Dietzl als den geeignetsten Bewerber vor.
Der Sektionsantrag, die Sicherheitswachmannstelle behufs Erzielung einer größeren Anzahl von Bewerbern neuerlich zur Ausschreibung zu bringen, wird modifiziert durch den Antrag des Herrn G.R. Josef Langoth dahingehend, in der Ausschreibung ausdrücklich die Angabe der Körpergröße der Bewerber zu verlangen zum Beschlusse erhoben.
ad b) für die Polizeiagentenstelle schlägt das Amt den Sicherheitswachmann Josef Seisberger vor die Sektion beantragt, die Erörterung dieser Frage bis nach Besetzung der Sicherheitswachmannstelle zu vertagen.
Beschluß: nach Sektionsantrag.

2.) In einem Amtsberichte und in einem ausführlichen Berichte der Spitalskanzlei wird mit Rücksicht auf das Überhandnehmen der Arbeiten in der Spitalkanzlei die Anstellung einer neuen Kanzleikraft als unbedingt notwendig erklärt.
Die Sektion beantragt, in Würdigung des vorgelegten Amtsberichtes die Stelle eines Kanzleigehilfen für die Spitalskanzlei mit einem Taggelde von K 2.40 zur Ausschreibung zu bringen; als Vorbildung sei mindestens die Absolvierung einer Bürgerschule zu verlangen.
Der Sektionsantrag wird zum Beschluss erhoben.

5.) Ansuchen des Maschinisten Johann Waidecker um Verleihung des Definitivums und Beistellung einer Naturalwohnung und einer Dienstmontur.

Die Sektion beantragt, dieses Ansuchen zu dem Zeitpunkte, in welchem die Schotterbrechanlage wieder in Betrieb gesetzt werden wird, zurückzustellen.
Beschluss nach Sektionsantrag.

Punkt II. Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.

Es liegt das Ansuchen des Stadtarbeiters Stefan Kabelik um taxfreie Bürgerrechtsverleihung vor.
Die Sektion stellt den Antrag, dem Stefan Kabelik mit Rücksicht auf dessen mehr als 25-jährige Zugehörigkeit zur freiwilligen Feuerwehr Steyr und dessen Mittellosigkeit taxfrei das Bürgerrecht zu verleihen.
Der Sektionsantrag wird zum Beschluss erhoben.

Punkt III. Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.

Zur Aufnahme in den Gemeindeverband der Stadt Steyr nach § 2 der Heimatsgesetznovelle v. 5. Dezember 1896, R.G.Bl. No 222, worden beantragt:

Moriz Haider samt Frau
Aloisia Hofmacher
Franz Huber samt Frau und 4 Kinder
Anna Kühas
Anton Schreyer samt Frau
Franz Spring
Anton Weizel samt Frau und 4 Kinder

Wird angenommen.
Hierauf Schluss der vertraulichen Sitzung.

Der Vorsitzende:
Der Schriftführer:
Die Verifikatoren: